Berliner Landeszentrale
für politische Bildung

be Berlin

Willkommen in Berlin!
Welcome to Berlin!

Willkommen in Berlin!
Welcome to Berlin!

INHALT
CONTENT

4 Berlin – die Stadt und ihre Menschen
Berlin – the city and its people

6 Demokratie und Wahlen
Democracy and elections

14 Menschenrechte und Grundgesetz
Human rights and the constitution

18 Bildung und Arbeit
Education and employment

24 Staat und Gesellschaft
State and society

32 Deutsche Geschichte
German history

40 Mitmachen!
Get involved!

Berlin – die Stadt und ihre Menschen

Mit 3,5 Millionen Menschen ist Berlin die Stadt in Deutschland mit den meisten Einwohnerinnen und Einwohnern. In der deutschen Hauptstadt prallen große Unterschiede aufeinander. Berlin ist Kultur und Revolte, Politik und Parlament. Hier wird getanzt, gesungen und gelacht; debattiert, demonstriert und protestiert; gebaut, zertrümmert und gepflanzt, philosophiert und konsumiert. Berlin ist grün und grau, laut und schräg, groß und bunt. Berlin ist alles – außer langweilig.

Die Stadt hat schon immer Menschen aus der ganzen Welt angezogen. Eine halbe Million Berlinerinnen und Berliner haben keinen deutschen Pass. Menschen aus über 180 Nationen leben hier zusammen. Etwa 600.000 von ihnen sind Protestantinnen und Protestanten, 300.000 Katholikinnen und Katholiken, 250.000 Muslime und 11.000 Jüdinnen und Juden. Die meisten Berlinerinnen und Berliner gehören keiner Religionsgemeinschaft an. Berlin ist nicht nur geprägt von Beton und Baustellen, mit 5.300 Hektar öffentlicher Grünanlagen – Parks, Spielplätze, Sportanlagen, Kleingärten – ist sie eine besonders grüne Großstadt. Mit drei Opernhäusern, rund 180 Museen, 80 Bibliotheken, etwa 90 Kinos, rund 100 Theatern und 400 Galerien, zahlreichen Bars, Clubs und Restaurants bietet sie ein breites Kultur- und Vergnügungsangebot.

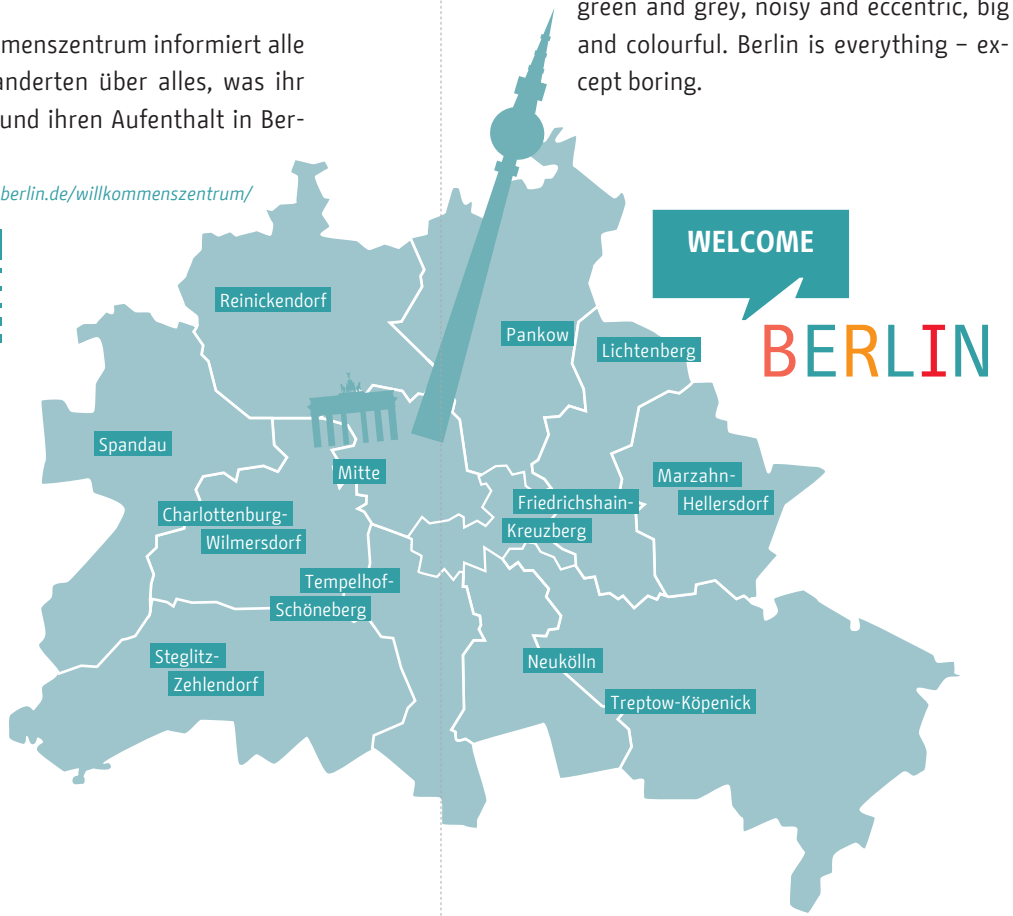
Das Gebiet des heutigen Berlin ist bereits seit Ende des 12. Jahrhunderts bewohnt. Die Geschichte der Stadt ist geprägt von Wachstum, Unruhen, Aufbrüchen, Umbrüchen, Teilung, aber auch von Widerständen, (Wieder-)Vereinigung und Versöhnung. Und Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands.

Das Willkommenszentrum informiert alle neu Zugewanderten über alles, was ihr Ankommen und ihren Aufenthalt in Berlin betrifft:

→ *https://www.berlin.de/willkommenszentrum/*

Berlin – the city and its people

With 3.5 million inhabitants, Berlin is Germany's most populous city. The German capital is a city of contrasts. Berlin is all about culture and revolutions, politics and parliament. It's a place of songs, dance and laughter, of debates, demonstrations and protests, of construction, demolition and sowing seeds, a place of philosophy and consumption. Berlin is green and grey, noisy and eccentric, big and colourful. Berlin is everything – except boring.



The city has always attracted people from all over the world. Half a million Berliners are not German citizens. People from more than 180 nations live here together. Around 600,000 of them are Protestants, 300,000 are Catholics, 250,000 are Muslims and 11,000 are Jews. Most Berliners do not belong to any religious group. Berlin is not only characterised by concrete and construction sites – with 5,300 hectares of public parks, playgrounds, sports facilities and allotments, it's a very green city. With three opera houses, around 180 museums, 80 libraries, 90 cinemas, 100 theatres and 400 galleries, numerous bars, clubs and restaurants, it offers a broad range of culture and entertainment.

The territory of what is now Berlin has been inhabited since the late 12th century. The city's history is characterised by growth, conflict, upheavals, radical change and partition, as well as by resistance, (re)unification and reconciliation. And Berlin is the capital of Germany.

The welcome centre has everything that newcomers need to know for their arrival and stay in Berlin:

→ *https://www.berlin.de/willkommenszentrum/en*

Demokratie und Wahlen

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat. Das heißt, dass Politikerinnen und Politiker demokratisch gewählt werden und dass Rechte vor Gericht eingeklagt werden können.

Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes. Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus (Artikel 20 des Grundgesetzes). Dem demokratischen Prinzip der Gewaltenteilung zufolge sind Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (Gesetzausführung) und Judikative (Gerichtswesen) getrennt. Die freie Presse, durch die sich Bürgerinnen und Bürger informieren und äußern, wird oft als „vierte Gewalt“ bezeichnet.

Die Bundespolitik

Politische Entscheidungen, die alle in Deutschland lebenden Menschen betreffen – zum Beispiel zur Rente, zum Arbeitslosengeld oder zum Aufenthaltsrecht – werden vom Bundestag getroffen.

Der Bundestag setzt sich aus den von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Vertreterinnen und Vertretern zusammen. Er beschließt Gesetze und kontrolliert die Regierung. Außerdem wählt der Bundestag die Bundeskanzlerin oder den Bundeskanzler, die oder der dann die Ministerinnen und Minister ernennt. Seine Mitglieder – die Bundestagsabgeordneten – werden alle vier Jahre neu gewählt. Die Bundestagswahl ist eine freie, allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl.

Sie dürfen den Bundestag wählen, wenn

- Sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen,
- am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet
- und innerhalb der letzten 25 Jahre mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland verbracht haben.

Wahlen im Bundesland Berlin

Berlin ist eines von 16 Bundesländern in Deutschland. Die Stadt ist in 12 Bezirke unterteilt. Die Zuständigkeiten für Politik und Verwaltung in der Stadt sind auf das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung verteilt.

Democracy and elections

The Federal Republic of Germany is a democratic constitutional state. This means that politicians are democratically elected, and that rights are enshrined by law.

Democracy means rule by the people. All state authority is derived from the people (Article 20 of the *Grundgesetz*). The democratic principle of separation of powers means that the legislative, executive and judicial branches of state are separate from each other. The free press, which informs citizens and allows them to express themselves, is often regarded as a “fourth power” alongside them.

Federal politics

Political decisions on matters which affect everyone living in Germany – such as pensions, unemployment benefits or the right of residence – are made by the *Bundestag*, the federal parliament.

The *Bundestag* is composed of representatives elected by the people. It passes laws and holds the government to account. The *Bundestag* also elects the Chancellor, who then appoints the ministers. Federal elections are held every four years, and are free, general, equal, secret and direct elections.

To vote in a federal election you must meet the following criteria:

- You must be a German citizen
- You must be at least 18 years old on the day of the election
- You must have spent an uninterrupted period of at least three months in the Federal Republic of Germany in the past 25 years

Elections in the State of Berlin

Berlin is one of Germany’s 16 federal states, known as the *Bundesländer*. The city is divided into 12 *Bezirke*, or boroughs. Responsibility for policy and administration of the city is divided between the city parliament (the *Abgeordnetenhaus*) and the borough assemblies (*Bezirksverordnetenversammlungen*). Elections to the *Abgeordnetenhaus* take place every five years. The public elects

Alle fünf Jahre finden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Damit werden Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung gewählt, die wichtige Entscheidungen für das Land Berlin fällen, zum Beispiel in der Schulpolitik. Die Vertreterinnen und Vertreter heißen Abgeordnete. Gemeinsam bilden sie das Parlament. Sie bestimmen zum Beispiel, wie viel und wofür Steuergelder verwendet werden (Haushaltsplan), kontrollieren die Landesregierung (Senat) und wählen die Regierende Bürgermeisterin oder den Regierenden Bürgermeister.

Der Berliner Senat ist die Landesregierung. Diese besteht aus dem Regierenden Bürgermeister oder der Regierenden Bürgermeisterin und bis zu zehn Senatorinnen und Senatoren, die er oder sie ernennen kann.

Sie können an der Wahl zum Abgeordnetenhaus teilnehmen, wenn Sie

- einen deutschen Pass besitzen,
- das 18. Lebensjahr vollendet haben
- und am Wahltag seit mindestens drei Monaten in Berlin wohnen.

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wird für die gleiche Wahlperiode wie das Abgeordnetenhaus gewählt. Für jeden der 12 Bezirke ist jeweils eine BVV zuständig. Eine BVV hat 55 Mitglieder. In der BVV werden wichtige Entscheidungen für den jeweiligen Bezirk getroffen. Die BVV ist unter anderem verantwortlich für Bebauungs- und Flächennutzungspläne, den Bezirkshaushalt, die Wahl der Mitglieder des Bezirksamtes und die Wahl der Bürgerdeputierten.

Die Regelungen zur Wahlberechtigung sind hier inklusiver als für die Bundestags- oder Abgeordnetenwahl. Die Mitglieder der BVV kann nämlich jede Person wählen, die

- das 16. Lebensjahr vollendet hat,
- mindestens drei Monate vor Wahltag in Berlin gemeldet ist und
- die deutsche oder eine andere EU-Staatsbürgerschaft besitzt.

Bürgerdeputierte sind Mitglieder der Ausschüsse der BVV. Sie werden auf Vorschlag der Parteien gewählt. Bürgerdeputierte oder Bürgerdeputierter kann jede Person werden, die das 18. Lebensjahr vollendet und den Hauptwohnsitz in Berlin hat. Das Amt wird unabhängig von der Staatsangehörigkeit vergeben.

In ganz Berlin und den einzelnen Bezirken gibt es auch Migrations- oder Integrationsbeiräte, in denen man sich engagieren kann. Sie befassen sich mit allen Fragen der Migration, Inklusion und Partizipation der im Bezirk lebenden Bürgerinnen und Bürger.

representatives to take important decisions that affect the State of Berlin, for example on educational policy. The representatives are known as *Abgeordnete*, and together they constitute the parliament. Their responsibilities include deciding how much and for what purposes taxpayers' money is used (the budget), holding the city government to account, and electing the city's mayor (*Regierender Bürgermeister*).

Berlin's state government is known as the Senate. It consists of the mayor and up to ten senators, who he or she appoints.

To vote in state elections you must meet the following criteria:

- You must be a German citizen
- You must be at least 18 years old
- You must have lived in Berlin for at least three months

The *Bezirksverordnetenversammlung* (BVV) is elected for the same term as the *Abgeordnetenhaus*. Each of the 12 boroughs has its own assembly, which consists of 55 members who make important decisions concerning the borough. The responsibilities of the BVV include building and development plans, the borough's budget, appointing members of the district administration and electing *Bürgerdeputierte* (expert citizens).

The rules on eligibility to vote are more inclusive than for state or federal elections. To vote in a borough election you must meet the following criteria:

- You must be at least 16 years old
- You must have been registered in Berlin for at least three months on the day of the election
- You must be a citizen of Germany or another EU country

Bürgerdeputierte sit on BVV committees, and are chosen at the suggestion of the parties. Anyone who is at least 18 and whose main residence is in Berlin can be appointed, and they can be of any nationality.

The city of Berlin and each of its boroughs have migrant advisory boards, where members of the public can get involved. They deal with all matters concerning migration, and the integration and participation of people living in the borough.

Politik live

Sie möchten Politik live erleben?

Sie können jede Plenarsitzung des Bundestages besuchen. Hierfür müssen Sie sich online oder vor Ort an der Serviceaußenstelle des Bundestages anmelden. Auf ➔ *www.bundestag.de* finden Sie eine Mediathek, in der Sie sich vergangene Plenarsitzungen anschauen können.

Zur Online Anmeldung für den Besuch einer Plenarsitzung des Bundestages:

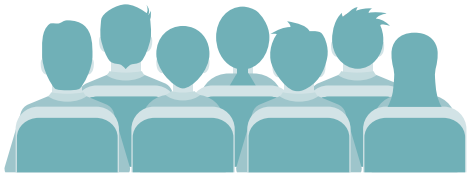
http://www.bundestag.de/besuche/besucheinerplenarsitzung

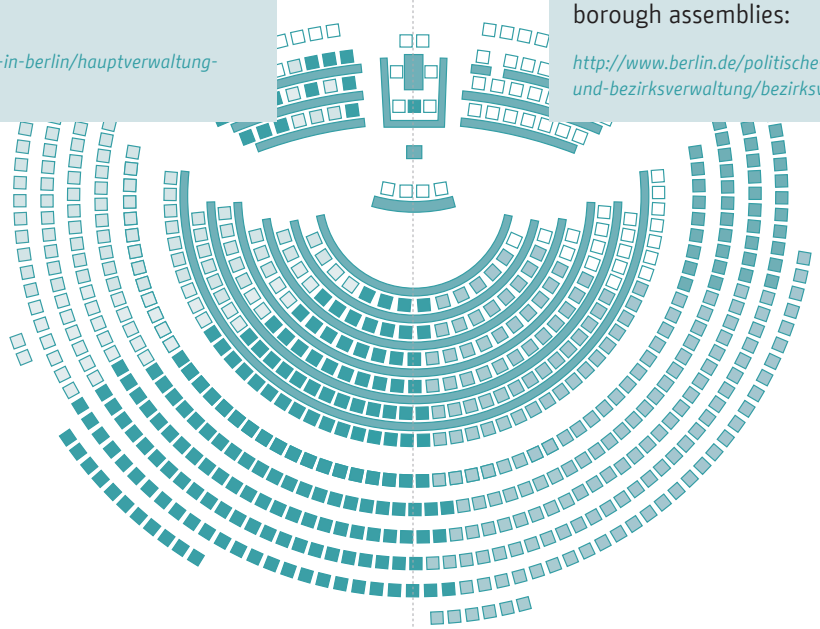
Sie können außerdem an den öffentlichen Plenar- und Ausschusssitzungen des Abgeordnetenhauses teilnehmen. Nähere Informationen zur Besuchs-Anmeldung finden Sie hier:

https://www.parlament-berlin.de/de/Service/Besucherdienst/Platzreservierung-Plenum

Auch Plenar- oder Ausschusssitzungen der BVV können Sie besuchen:

http://www.berlin.de/politische-bildung/politikportal/politik-in-berlin/hauptverwaltung-und-bezirksverwaltung/bezirksverordnetenversammlungen/





Live politics

Would you like to experience politics live?

All plenary sessions of the *Bundestag* are open to the public. To visit, you must book in advance online or at the service centre of the *Bundestag*. At ➔ *www.bundestag.de* you can find a media centre with videos of past plenary sessions.

Online registration to visit a plenary session of Germany's parliament:

http://www.bundestag.de/besuche/besucheinerplenarsitzung

You can also attend public plenary sessions and committee meetings of the *Abgeordnetenhaus*. For more information on booking a visit, go to:

https://www.parlament-berlin.de/de/Service/Besucherdienst/Platzreservierung-Plenum

You can also visit plenary sessions or committee meetings of the borough assemblies:

http://www.berlin.de/politische-bildung/politikportal/politik-in-berlin/hauptverwaltung-und-bezirksverwaltung/bezirksverordnetenversammlungen/

Direkte Demokratie

Wahlen sind ein wichtiger Bestandteil politischer Willensbildung. Eine direktere Möglichkeit der Mitbestimmung geben **Volksinitiativen**, **Volksbegehren** und **Volksentscheide**. Auf Bundesebene gibt es keine Volksentscheide oder Referenden. Das ist in den Bundesländern anders.

In Berlin können alle Menschen, die in Berlin wohnen und mindestens 16 Jahre alt sind, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses zur Auseinandersetzung mit einem Thema verpflichten. Das Thema muss Berlin betreffen und das Abgeordnetenhaus muss dafür zuständig sein. Um das Thema auf die politische Agenda zu bringen, müssen mindestens 20.000 Unterschriften von Berlinerinnen und Berlinern gesammelt werden. Ob die Abgeordneten die von den Bürgerinnen und Bürgern initiierte Volksinitiative in eine Gesetzesreform übertragen, bleibt dabei offen.

Dennoch ist eine Volksinitiative ein wichtiges Instrument der Bürgerinnen und Bürger, direkt auf die Themensetzung des Abgeordnetenhauses Einfluss zu nehmen.

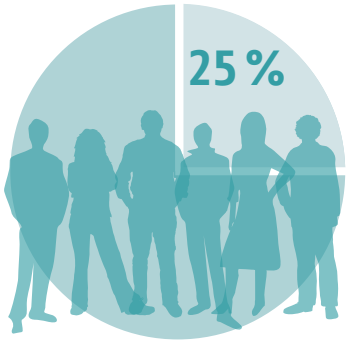
Führt eine Volksinitiative nicht zum Erfolg, können durch Volksbegehren und Volksentscheide direkt Gesetze erlassen, geändert oder aufgehoben werden, für die das Land Berlin selbst zuständig ist. Allerdings können hier nur Personen teilnehmen, die auch das Abgeordnetenhaus wählen dürfen. Berlinerinnen und Berliner unter 18 oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind hiervon ausgeschlossen. Für ein Volksbegehren sind mindestens 174.000 Unterschriften nötig. Sobald das Volksbegehren mit der Unterschriftenliste vom Senat überprüft und für zulässig befunden wurde, muss das Abgeordnetenhaus über die Gesetzesvorlage entscheiden. Wird der Gesetzesentwurf von den Abgeordneten abgelehnt kommt es zum Volksentscheid. Ein Volksentscheid ist nur dann erfolgreich, wenn die Mehrheit der Abstimmenden und ein Viertel aller Stimmberechtigten zustimmt.

Direct democracy

Elections are an important part of political decision-making. A more direct form of participation exists in the form of **public initiatives**, **petitions** and **referendums**. There are no referendums on a federal level, but the situation is different in the federal states.

In Berlin, any resident who is at least 16 years old has the right to start a public initiative, or *Volksinitiative*, to make the city parliament discuss a certain topic. The topic must affect Berlin and it must lie within the political responsibility of the *Abgeordnetenhaus*. To force the topic onto the political agenda, at least 20,000 signatures of Berlin residents must be collected. There is no guarantee that a public initiative will result in parliament changing the law, but they are an important way for citizens to directly influence the city's parliamentary agenda.

If a public initiative is not successful, *Volksbegehren* (petitions) and *Volksentscheide* (referendums) can be used to pass, amend or revoke laws for which the State of Berlin is responsible. However, only people who are entitled to vote in state elections can take part in these. Berliners who are under 18 or are not German citizens are excluded. A *Volksbegehren* requires at least 174,000 signatures. As soon as the petition with the list of signatures has been inspected and accepted by the Senate, the state parliament has to decide on the legislative proposal. If the members reject the proposal, a *Volksentscheid* is held. This kind of referendum is only successful if the proposal is accepted by a majority of voters and at least 25% of all eligible voters.



Menschenrechte und Grundgesetz

Das **Grundgesetz** ist das wichtigste Gesetz in Deutschland. Es wird auch Verfassung genannt. Das Grundgesetz steht über allen anderen Gesetzen. Der Staat garantiert damit allen Menschen, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, ihre Grundrechte zu wahren und ihre **Würde zu schützen**. Auf Grundlage der Verfassung genießen wir verschiedene Rechte und Freiheiten: Das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit, Meinungsfreiheit, Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, Religionsfreiheit, Versammlungsrecht, Pressefreiheit, Berufsfreiheit, das Recht auf Eigentum und das Asylrecht.

Die Rechte und Freiheiten können wir solange ausüben, wie die Rechte und Freiheiten anderer Menschen nicht verletzt werden. **Grundrechte** werden also **gegeneinander abgewogen**.

Ein Blick zurück

Nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur und des Zweiten Weltkrieges wollte man in Westdeutschland (den amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszonen) eine Rechtsordnung schaffen, die den einzelnen Menschen vor der Willkür des Staates schützt und die Menschenwürde und Menschenrechte garantiert. So entstand **1949** das Grundgesetz.

1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen

ARTIKEL 3:

1. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
2. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
3. Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Human rights and the constitution

The ***Grundgesetz*** (Basic Law) is the most important law in Germany. It is also known as the constitution, and takes precedence over all other laws. With it, the state guarantees to uphold the fundamental rights of all people, regardless of their nationality, and **protect their human dignity**. The constitution guarantees us various rights and freedoms: the right to freedom of personal development, freedom of opinion, freedom of faith, conscience and creed, freedom of religion, the right of assembly, freedom of the press, freedom of occupation, the right to property and the right of asylum.

We can exercise these rights and freedoms as long as we do not violate the rights and freedoms of other people. **Basic rights** are therefore **balanced against each other**.

A look back

After the experiences of the Nazi dictatorship and the Second World War, people in West Germany (the American, British and French occupation zones) wanted to create a legal system which protected individuals from state despotism and guaranteed human dignity and human rights. As a result, the Grundgesetz was adopted in **1949**.

In **1948**, the Universal Declaration of Human Rights was adopted by the United Nations. It attributes all human beings the same existential, political and social

ARTICLE 3:

1. All persons shall be equal before the law.
2. Men and women shall have equal rights. The state shall promote the actual implementation of equal rights for women and men and take steps to eliminate disadvantages that now exist.
3. No person shall be favoured or disfavoured because of sex, parentage, race, language, homeland and origin, faith, or religious or political opinions. No person shall be disfavoured because of disability.

verkündet. Sie spricht allen Menschen unabhängig von nationaler oder sozialer Herkunft, Geschlecht, Glauben, Vermögen oder sonstigen Unterschieden die gleichen existenziellen, politischen und sozialen Rechte zu. **1950** folgte die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte. Es war eine Zeit, in der auf der ganzen Welt Menschenrechte festgehalten wurden.

Grundgesetz und Wirklichkeit

Die Wirklichkeit stimmt nicht immer mit dem Anspruch des Grundgesetzes überein. Man muss sich also manchmal dafür einsetzen, dass die eigenen Rechte, aber auch die Rechte anderer respektiert werden.

In solchen Fällen besteht die Möglichkeit, das Recht einzuklagen.

2006 wurde das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz** (AGG) erlassen. Das AGG soll alle Menschen vor Diskriminierung aufgrund der Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters und der sexuellen Identität schützen. Das AGG ist am Arbeitsplatz, beim Zugang zu Waren, Dienstleistungen und Wohnraum, in Schulen, im Gesundheitsdienst, in der sozialen Sicherheit und zwischen zwei Menschen anwendbar.

Das AGG stellt klar, dass Diskriminierung in jeglicher Form nicht akzeptiert und rechtlich sanktioniert wird. Es soll das Bewusstsein für Ungerechtigkeit als gesellschaftliches Problem stärken. Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, sollen gestärkt und gehört werden.

Wenn Ihre Freiheit oder Ihr Recht aufgrund von mindestens einem der sechs genannten Diskriminierungsgründe verletzt werden, können Sie dagegen klagen. In Berlin können Sie die **Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung** für weitere Informationen zum AGG aufsuchen. Darüber hinaus können Sie sich zur Beratung an Organisationen und Vereine oder Ihre Religionsgemeinschaft wenden, Ihre Gewerkschaft oder Ihren Betriebsrat aufsuchen.

Hier finden Sie das Grundgesetz:

https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_01/245122

Mehr Informationen zum Thema Antidiskriminierung finden Sie bei der Landesstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung:

http://www.berlin.de/sen/lads/

rights, regardless of national or social origin, gender, faith, property or other differences. This was followed in **1950** by the European Convention on Human Rights. It was a time when human rights were being defined all around the world.

The *Grundgesetz* and reality

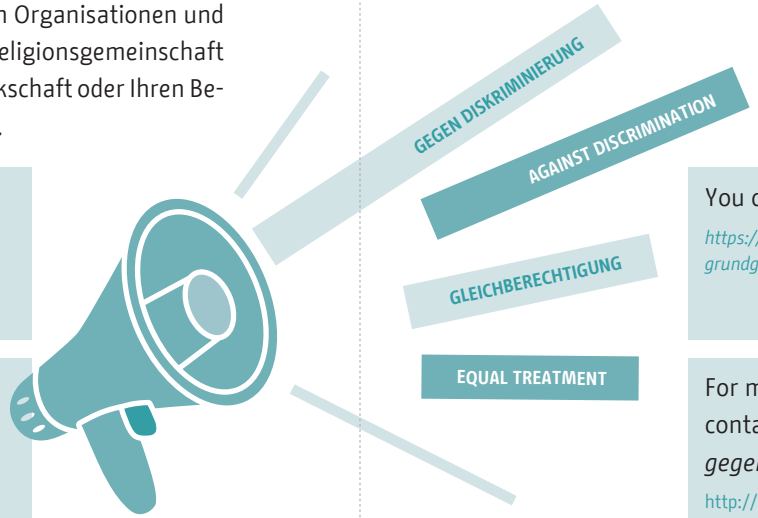
Reality does not always come up to the standards of the *Grundgesetz*. This means we sometimes have to make efforts to ensure that our own rights, as well as the rights of others, are respected.

When this happens, we can seek the assistance of the law.

In 2006 the **General Equal Treatment Act** (AGG) was passed. The AGG is intended to protect all of us from discrimination based on origin, gender, religion or philosophy, disability, age or sexual identity. The Act applies to the workplace, as well as access to products, services and accommodation, to schools, health services and social security, and to interactions between individuals.

The AGG makes it clear that discrimination of any form is unacceptable and punishable by law. It is intended to strengthen awareness of injustice as a social problem and ensure that people affected by discrimination receive attention and support.

If your freedoms or rights are violated by at least one of the six forms of discrimination listed, you can take legal action. In Berlin, you can go to ***Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (State Office for Equal Treatment and Against Discrimination)*** for more information on the AGG. You can also seek advice from various organisations and associations, or from your religious community, trade union or works council.



You can find the *Grundgesetz* here:

https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_01/245122

For more information on anti-discrimination, contact the *Landesstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung:*

http://www.berlin.de/sen/lads/

Bildung und Arbeit

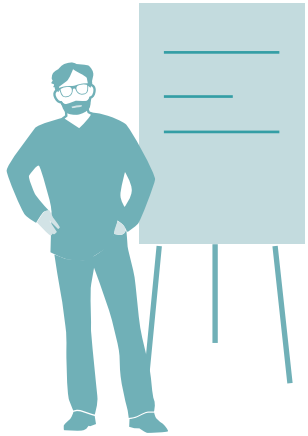
Allgemeine und berufliche Bildung

In Berlin umfasst die Grundschule die Klassen eins bis sechs. In der sechsten Klasse erfolgt die schriftliche Förderprognose über den Übergang in eine weiterführende Schule. Die Schülerinnen und Schüler können entweder das Gymnasium, die Integrierte Sekundarschule oder eine Gemeinschaftsschule besuchen.

Nach den Prüfungen in der zehnten Klasse ist der Mittlere Schulabschluss (MSA) erreicht. Ein Abiturabschluss nach 12 oder 13 Jahren berechtigt zum Studium (Hochschulreife). Nach der zehnten Klasse können Schülerinnen und Schüler sich aber auch für den berufsbildenden Weg in einem Oberstufenzentrum (OSZ) entscheiden. Hier können verschiedene berufliche Bildungsabschlüsse oder das Fachabitur erworben werden.

Einen Überblick über sämtliche Schulen der Stadt Berlin erhalten Sie online im Schulverzeichnis:

www.berlin.de/sen/bildung/schulverzeichnis_und_portraets/anwendung/SchulListe.aspx



Ausbildung

Eine Lehre ist die Ausbildung zur Ausübung eines bestimmten Berufs. Dies kann ein handwerklicher (z. B. Mechatroniker/-in), sozialer (z. B. Erzieher/-in) oder kaufmännischer (z. B. Bankkauffrau/-mann) sein. Für die Ausbildung ist in der Regel ein Mittlerer Schulabschluss, manchmal auch ein Fachabitur notwendig. Ausbildungsplätze werden überwiegend von Unternehmen vergeben. Die Auszubildenden (Azubis) erlernen dann die Berufspraxis am Ausbildungsort und das theoretische Wissen auf einer Berufsfachschule. Die meisten Ausbildungen dauern drei Jahre.

Education and employment

General education and vocational training

In Berlin, primary school lasts for six years. In the 6th year, children receive a written recommendation for transfer to secondary school. Pupils can attend a *Gymnasium* (grammar school), an *Integrierte Sekundarschule* (secondary modern) or a *Gemeinschaftsschule* (comprehensive).

In the 10th year, students take the *Mittlerer Schulabschluss* (MSA), the basic school leaving examination. The *Abitur*, which is taken after 12 or 13 years, entitles those who pass it to attend university. Alternatively, after the 10th year, pupils can choose to go to an *Oberstufenzentrum* (OSZ), where they can acquire various vocational qualifications or the *Fachabitur*, which entitles them to study a particular subject at university.

All the schools in Berlin are listed in the schools directory:

www.berlin.de/sen/bildung/schulverzeichnis_und_portraets/anwendung/SchulListe.aspx

Training

An apprenticeship is education to carry out a particular profession. This profession might be technical (e. g. mechatronics specialist), social (e. g. pre-school teacher) or commercial (e. g. bank clerk). To qualify for an apprenticeship, the *Mittlerer Schulabschluss*, or sometimes even a Fachabitur is required. Apprenticeships are mainly offered by private companies. The apprentices then learn the practical side at the workplace and the theoretical knowledge at a specialist vocational school. Most apprenticeships take three years.

University

Many professions, however, require a university degree. To qualify for university in Germany, the *Abitur* or an equivalent school-leaving qualification from an-

Studium

Viele Berufe erfordern jedoch einen Hochschulabschluss. Hierzu ist in Deutschland das Abitur oder ein gleichwertiger ausländischer Schulabschluss notwendig. Der erste Studienabschluss ist ein grundständiges Studium und wird mit einem Bachelor of Arts (B.A.) oder of Science (B.Sc.) abgeschlossen. Das Bachelorstudium dauert in der Regel drei Jahre. Danach kann ein weiterführender Studiengang belegt und mit einem Master of Arts (M.A.) oder of Science (M.Sc.) abgeschlossen werden. Der Master ist eine Spezialisierung und auf zwei Jahre angelegt.

Anerkennung von Bildungsabschlüssen

Ob und wie Ihre Berufsausbildung in Deutschland anerkannt wird, können Sie im Informationsportal der Bundesregierung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen überprüfen:

https://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/index.php

ANERKENNUNG IN DEUTSCHLAND

Möchten Sie erfahren, wie Ihr ausländischer (Hoch-)Schulabschluss anerkannt wird? Wollen Sie mit Ihrem Schulabschluss eine Hochschulzugangsberechtigung erhalten? Dann finden Sie auf dem Infoportal der Kultusministerkonferenz anabin eine Aufschlüsselung ausländischer Bildungsabschlüsse:

http://anabin.kmk.org/anabin.html

anabin

Informationen zur Berufs- und Studienwahl erhalten Sie an den jeweiligen Berufs- oder Hochschulen und bei der Bundesagentur für Arbeit.

https://www.arbeitsagentur.de

Bundesagentur für Arbeit

other country is required. The basic course of studies at university is completed with a Bachelor of Arts (B.A.) or Bachelor of Science (B.Sc.). A Bachelor's degree usually takes three years. After this, students can take an advanced course and complete it with a Master of Arts (M.A.) or Master of Science (M.Sc.). The Master's degree is a specialist course and is designed to take two years.

Recognition of educational qualifications

To find out whether and to what extent your professional training is recognised in Germany, you can visit the Federal Government's information portal on the recognition of foreign vocational qualifications:

https://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/index.php

ANERKENNUNG IN DEUTSCHLAND

Would you like to find out how the university or school qualification you acquired abroad is recognised? Do you want to know if your school certificate qualifies you for university? You can find a classification of foreign educational qualifications at anabin, the information portal of the education ministers of the federal states:

http://anabin.kmk.org/anabin.html

anabin

Information on the choice of career or studies is available at vocational colleges, universities and the *Bundesagentur für Arbeit* (federal employment agency).

https://www.arbeitsagentur.de/en

Bundesagentur für Arbeit

Lebenslanges Lernen

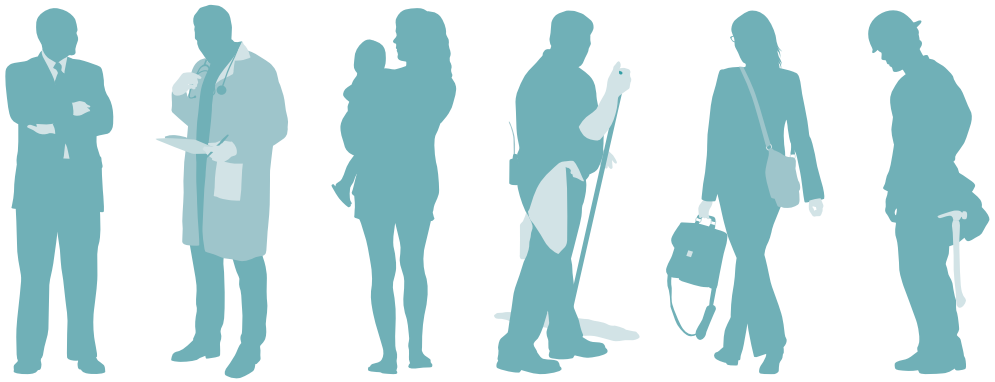
Zur Erwachsenenbildung gehören Weiterbildungen, die Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung nutzen können, um sich beruflich weiterzuentwickeln, Kenntnisse in einem bestimmten Bereich zu erwerben oder auch für die allgemeine und politische Bildung. Diese Weiterbildungen werden von staatlichen und freien Bildungseinrichtungen angeboten.

Außerdem ist es möglich, über den sogenannten Zweiten Bildungsweg im Erwachsenenalter einen Schulabschluss oder das Abitur nachzuholen. Volkshochschulen, Kollegs und Abendgymnasien bieten entsprechend Tages- und Abendlehrgänge an.

Arbeitsmarkt und Gewerkschaften

Damit alle Berufstätigen ihre Rechte wahrnehmen können, gibt es für sie die Möglichkeit, sich in einer Gewerkschaft zu organisieren. 6,2 Millionen Menschen in Deutschland sind Mitglied einer Gewerkschaft. Gewerkschaften sind die Arbeitnehmendenvertretungen. Sie verhandeln mit den Arbeitgebenden neue Tarifverträge für Ihre Mitglieder aus. Sie kämpfen für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung und gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz. Für jeden Berufszweig gibt es eine Gewerkschaft, an die Sie sich wenden können. Sie erhalten dort auch Beratung und Unterstützung zu arbeitsrechtlichen Fragen.

Ein Mindestlohn – derzeit (2017) von 8,84 € – gilt seit dem 1.1.2015 und soll eine Lohnuntergrenze für alle Beschäftigten setzen. Menschen, die im Niedriglohnsektor, als Un- oder Angelernte arbeiten, hilft er besonders. Es gibt einige wenige Ausnahmen vom Mindestlohn, z. B. für Langzeitarbeitslose, Minderjährige ohne Berufsausbildung, Zeitungszustellende und Praktikant/-innen.



Life-long learning

Adult education includes training courses that people with vocational qualifications can use to develop professionally, acquire knowledge in particular areas, or for general and civic education. These courses are offered by public and private educational institutions.

It is also possible, using what is known as the second educational path, to retake school examinations or the Abitur as an adult. Adult education centres, colleges and evening schools offer daytime or evening courses.

Employment and trade unions

Any person in employment is entitled to exercise their rights by joining a trade union. 6.2 million people in Germany are union members. Unions are the employees' representatives. They negotiate with employers on new wage agreements for their members. They fight for higher wages, better working conditions, more co-determination and against discrimination at the workplace. Whatever your profession, there is a union you can turn to. They can also give you advice and support on questions relating to employment law.

A minimum wage – currently €8.84 per hour (in 2017) – has been in force since 1 January 2015 and is the lower wage limit for all employees. It particularly benefits unskilled and semi-skilled workers in the low-pay sector. There are a few exemptions from the minimum wage, for example for the long-term unemployed, minors without a vocational qualification, newspapers deliverers and trainees.

Staat und Gesellschaft

Der Staat regelt und organisiert in Deutschland viele Bereiche: die Gesundheit, die Bildung und das Soziale. Aber der Staat macht nicht alles selbst, sondern beauftragt auch andere, Leistungen für die Allgemeinheit zu erbringen.

Sozialversicherung

Deutschland hat als sozialer Rechtsstaat für den Schutz und die Sicherheit seiner Bevölkerung Sorge zu tragen. Darum wurde die gesetzlich vorgeschriebene Sozialversicherung eingeführt. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gibt es die Krankenversicherung, die Rentenversicherung und die Unfallversicherung. Später sind die Arbeitslosenversicherung und die Pflegeversicherung hinzugekommen.

Die gesetzliche Krankenversicherung übernimmt im Krankheitsfall die Kosten für Ihren Arztbesuch oder Krankenhausaufenthalt.

Die Rentenversicherung wird von Arbeitnehmer/-in und Arbeitgeber/-in getragen. Dafür bekommt man ab dem 67. Lebensjahr eine Altersrente.

Ebenso funktioniert die Arbeitslosenversicherung. Beschäftigte und Unternehmen zahlen Beiträge. Dafür bekommt man im Falle der Arbeitslosigkeit für ein Jahr eine Unterstützung aus der Versicherung.

Für Angestellte und Arbeitende werden alle vier Versicherungsbeiträge direkt vom Lohn abgezogen. Selbstständige müssen sich selbst darum kümmern, dass sie Beiträge zahlen, da sie sonst nicht versichert sind.

Wohlfahrtsverbände

Dienstleistungen im Gesundheits- und Pflegebereich, beispielsweise in Krankenhäusern und Pflegeheimen, werden in der Regel nicht direkt vom Staat, sondern von Privaten erbracht. Dies sind zum Teil gewinnorientierte Unternehmen, aber auch große gemeinnützige Wohlfahrtsverbände wie das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Caritas (von der katholischen Kirche) und die Diakonie (von der evangelischen Kirche). Sie erledigen Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit, sind aber nicht staatlich.

State and society

In Germany, the state regulates and organises many different areas, such as health, education and social security. However, the state does not do everything itself, and sometimes commissions others to provide public services.

Social insurance

As a social constitutional state, Germany has to ensure the protection and safety of its population. This is the reason why statutory social insurance was introduced. Health insurance, pension insurance and accident insurance were introduced in the late 19th century, followed later by unemployment insurance and nursing insurance.

The statutory health insurers pay for your visit to the doctor or your stay in hospital if you become ill.

Both the employee and the employer contribute towards pension insurance. In return, you get a pension from the age of 67.

Unemployment insurance works in the same way. Employees and companies both contribute. In return, you receive a year's support from the insurer if you lose your job.

All four insurance contributions are deducted directly from employees' and workers' wages. Self-employed people must organise their own contributions, as otherwise they are not insured.

Welfare organisations

Healthcare services, for example in hospitals and nursing homes, are not normally provided directly by the state, but by private organisations. Some of these are profit-making businesses, but there are also large charitable welfare organisations such as the German Red Cross (DRK), Arbeiterwohlfahrt (AWO), Caritas (from the Catholic church) and Diakonie (from the Protestant church). They carry out services for the public, but are not state organisations.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Ein weiteres Beispiel für eine Institution, die im öffentlichen Interesse arbeitet, aber nicht staatlich ist, sind die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Jeder Haushalt muss pro Monat einen Rundfunkbeitrag bezahlen. Davon werden die Anstalten der ARD und das ZDF finanziert. Kontrolliert werden sie von Beiräten, in denen neben den Landesregierungen auch Gewerkschaften, Arbeitgebervertretungen, Religionsgemeinschaften und andere zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten sind.

Deutsche Vereinskultur

Die Menschen in Deutschland organisieren sich in Vereinen, Gewerkschaften, Parteien und Religionsgemeinschaften, um ihre Ziele gemeinsam zu verfolgen.

Vereine – das Herzstück der deutschen Zivilgesellschaft

In Deutschland gibt es 600.000 Vereine, die die unterschiedlichsten Ziele verfolgen: Sport, Kultur, Politik, Bildung oder Religion. Um einen Verein zu gründen, braucht man sieben Personen und eine Satzung, in der die Ziele des Vereins festgelegt sind. Vereinsaktivitäten sind Formen der politischen Meinungs- und Willensbildung. Sie sind Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe (Partizipation). Als Mitglied in einem Verein können Sie mit vielen anderen Menschen ihre gemeinsamen (politischen) Ziele verfolgen und verwirklichen.

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. ist ein Dachverband und ein Zusammenschluss von über 70 unabhängig arbeitenden, selbstorganisierten, migrantischen Vereinen. Sie treten alle gemeinsam für die soziale, politische und gesellschaftliche Gleichstellung von migrantischen und geflüchteten Menschen ein. Sie erhalten dort Beratungsangebote zu Arbeitsvermittlung, Ausbildungssuche und Härtefallanträgen. Weitere Informationen zur Asyl- und Aufenthaltsberatung erhalten Sie ebenfalls bei der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant/-innen e.V. (KuB).

http://www.migrationsrat.de
http://www.kub-berlin.de

MIGRATIONSRAT Berlin & Brandenburg mr

KuB Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.

Public service broadcasting

Another example of an institution that works in the public interest but does not belong to the state are the public service broadcasters. Every household has to pay a monthly fee for radio and television. This finances the broadcasters ARD and ZDF. These are controlled by advisory boards with representatives of the state governments, as well as trade unions, employers' organisations, religious communities and other civil society organisations.

Germany and its *Vereine*

Many people in Germany form associations, trade unions, political parties and religious groups to pursue shared aims.

Associations – at the heart of civil society in Germany

In Germany there are 600,000 associations, known as *Vereine*, which pursue a wide range of different aims: in sport, culture, politics, education or religion. To form a *Verein*, you need seven people and a set of articles which define the aims of the association. The activities of associations are forms of civic education and decision-making. They are also an expression of participation in society. As a member of an association, you can pursue and realise common (civic) aims with many other people.

The Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. is an umbrella organisation and a union of more than 70 independently operating, self-organised migrant associations. Together, they all work towards social and political equality for migrants and refugees. They offer advice on finding jobs, education and help in cases of hardship. More information and advice on asylum and residence is available from the Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant/-innen e.V. (KuB).

http://www.migrationsrat.de
http://www.kub-berlin.de

MIGRATIONSRAT Berlin & Brandenburg mr

KuB Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.

Stiftungen – privates Geld für öffentliche Zwecke

In Deutschland gibt es 21.000 Stiftungen, die aus den Erträgen des Stiftungsvermögens verschiedene Aktivitäten finanzieren. Viele große Unternehmen haben Stiftungen errichtet. Diese sind in verschiedenen Bereichen (Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Technik etc.) tätig. Einige Stiftungen vergeben Projektgelder an eingetragene Vereine und Organisationen, wenn Sie gemeinsame Interessen verfolgen.

Parteienlandschaft

Die Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes mit. Parteien beschließen Wahlprogramme und stellen die Kandidatinnen und Kandidaten für Wahlen zu politischen Ämtern auf. Ca. 1,2 Millionen Menschen in Deutschland sind Mitglied einer politischen Partei. Es ist wichtig, sich über die Wahlprogramme von Parteien zu informieren und zur Wahl zu gehen.

Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Der Staat ist religiös neutral, das heißt keine Religion soll bevorzugt oder benachteiligt werden. Es gibt viele Bereiche, in denen der Staat mit Religionsgemeinschaften zusammenarbeitet, zum Beispiel beim Religionsunterricht in staatlichen Schulen. Religionsgemeinschaften können als Vereine organisiert sein oder als Körperschaften des öffentlichen Rechts einen besonderen Status erhalten. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts können sie den Staat beauftragen, ihre Mitgliedsbeiträge als Kirchensteuern für sie einzuziehen. Die rechtlichen Regelungen dazu stammen aus dem Jahr 1919 und es wird diskutiert, wie weitere Gemeinschaften, zum Beispiel muslimische Gemeinschaften, diesen Status erlangen können.

Zwei Drittel der Menschen in Deutschland sind Mitglied einer Religionsgemeinschaft, darunter 24 Millionen katholische und 23 Millionen evangelische Christinnen und Christen. Die Zahl der Mitglieder muslimischer Religionsgemeinschaften ist bisher nur unzureichend erhoben worden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schätzt die Anzahl der Muslime in Deutschland auf ca. 4,5 Millionen.

Foundations – private money for public purposes

In Germany there are 21,000 foundations which finance various activities with revenue from their assets. Many large companies have set up foundations. These are active in various fields such as education, science, culture, sport and technology. Some foundations donate funds to registered associations and organisations if they pursue shared aims.

Political parties

Political parties help shape popular opinion. Parties decide on manifestos and put up candidates for elections to political offices. Around 1.2 million people in Germany are members of a political party. It is important to find out about parties' manifestos and vote in elections.

Drei wichtige Punkte für Sie:

- Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Sozialstaat, der ein Netz sozialer Sicherung bietet. Die Menschen in Deutschland zahlen fast 40 % ihres Einkommens für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. In den USA sind es nur 25 %. Dafür haben wir ein hohes Maß an Sicherheit. Aber jede Person muss darauf achten, dass sie abgesichert ist. Insbesondere wer selbständig arbeitet, muss sich um Kranken- und Rentenversicherung kümmern.

- Deutschland ändert sich. Gewerkschaften, Parteien und Religionsgemeinschaften haben in den letzten Jahren Mitglieder verloren. Menschen sind nicht mehr so stark an große Institutionen gebunden. Sie engagieren sich stärker punktuell statt langfristig.

- Es gibt viele Möglichkeiten, gemeinsam mit anderen eigene Interessen und Ziele zu verfolgen. Sie können auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft Mitglied eines Vereins werden oder einen neuen Verein gründen.

Religious and ideological communities

The state is religiously neutral, which means that no religion should be advantaged or disadvantaged. However, there are many areas where the state cooperates with religious communities, for example on religious education in state schools. Religious communities can be organised as associations or can enjoy a special status as corporations under public law, in which case they can have the state collect their membership fees in the form of church tax. These statutory arrangements go back to 1919, and a discussion is taking place on how other communities, for example Muslims, can attain this status.

Two thirds of people in Germany are members of a religious community, including 24 million Catholics and 23 million Protestants. The membership of Muslim communities has not yet been precisely counted, but the federal office for migration and refugees estimates the number of Muslims in Germany at around 4.5 million.

Here are three important points that you should remember:

- The Federal Republic of Germany is a welfare state which provides a social security network. People in Germany pay almost 40% of their income for tax and social insurance. In the United States, it is only 25%. However, we have a high standard of social security. Even so, every individual must make sure they are insured. Self-employed people in particular must make sure they have health and pension insurance.

- Germany is changing. Trade unions, political parties and religious communities have all been losing members in recent years. People are no longer as strongly tied to large institutions, and are more focussed on single issues than long-term commitment.

- There are many ways to pursue your own aims together with other people. Even if you are not a German citizen, you can become a member of an association or start a new one.

Deutsche Geschichte

Um zu verstehen, wie manche Dinge in Deutschland geregelt sind, muss man die deutsche Geschichte betrachten. Insbesondere die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur und die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg prägen das Leben in Deutschland noch heute.

1. Die Anfänge der Geschichtsschreibung

Das Römische Reich dehnte sich vor 2.000 Jahren nach Norden in das heutige Deutschland aus. Die Römer gründeten die erste Stadt in Deutschland Trier (16 v. Chr.) und der römische Historiker Tacitus schrieb die erste Geschichte Germaniens. Darin beschreibt er, dass Herrmann, ein germanischer Heerführer, der ursprünglich mit den Römern gekämpft hatte, sich im Jahr 9 n. Chr. gegen die Römer wandte und im Teutoburger Wald eine große römische Armee besiegte. Dieses Ereignis wurde im 19. Jahrhundert zum Gründungsmythos des deutschen Volkes verklärt. Für Herrmann wurde 1875 ein Denkmal im Teutoburger Wald erbaut.

2. Gemeinsame Geschichte Mitteleuropas – Karl der Große

Karl der Große, der im Jahr 800 n. Chr. zum Kaiser gekrönt wurde, herrschte über ganz Mitteleuropa, Frankreich und Nord-Italien. Deutschland hat eine gemeinsame Geschichte mit den Nachbarländern. Gemeinsame Sprache der Gelehrten war Latein. Eine wichtige Frage war über Jahrhunderte, wieviel Macht die christliche Kirche haben soll und wieviel Macht die Fürsten und Könige.

3. Reformation – Martin Luther 1517

Martin Luther wollte die Kirche reformieren. Er war dagegen, dass die Kirche die Vergebung von Sünden verkaufte. 1517 veröffentlichte er seine Thesen. Luthers Übersetzung der Bibel ins Deutsche führte zusammen mit dem Buchdruck dazu, dass eine deutsche Standardsprache, Hochdeutsch, festgelegt wurde. Die Kirche spaltete sich. Katholische und protestantische Fürsten und Könige bekämpften sich gegenseitig. Im 30-Jährigen Krieg (1618–1648) zwischen Katholik/-innen und Protestant/-innen starb ein Drittel der Bevölkerung. Deutschland war in zahlreiche kleine Fürstentümer und Königreiche geteilt. Ab 1700 wurde das Königreich Preußen immer mächtiger.

4. Aufklärung und Befreiungskrieg gegen Napoleon

Im 18. Jahrhundert haben Gelehrte in Europa die Ideen der Aufklärung entwickelt, die sich gegen die absolute Macht der Könige wandten und auf Vernunft und individuelle Freiheit setzten. „Habe den

German history

To understand how certain things work in Germany, you need to look at German history. In particular, the memory of the Nazi dictatorship and the partition of the country after the Second World War still affects life in Germany today.

1. The earliest historical records

2,000 years ago, the Roman empire expanded northwards into what is now Germany. The Romans founded the first city in Germany, Trier, in 16 BC, and the Roman historian Tacitus wrote the first history of Germania. In it, he described how Arminius, a German chieftain who had originally fought on the side of the Romans, turned against them in 9 AD and defeated a large Roman army at the Battle of the Teutoburg Forest. In the 19th century, this event was glorified as a foundation myth of the German people. A large memorial to Arminius was built in 1875.

2. Shared central European history – Charlemagne

Charlemagne, who was crowned Holy Roman Emperor in 800 AD, ruled over all of central Europe, France and northern Italy. Germany has a shared history with its neighbouring countries. The common language of scholars was Latin. For centuries, there was great argument over the balance of power between the Christian church and secular rulers.

3. 1517 – Martin Luther and the Reformation

Martin Luther wanted to reform the church. He opposed its practice of selling indulgences to forgive sins, and in 1517 he published his theses. Combined with the spread of printing, Luther's translation of the Bible led to the establishment of a standard German language, known as High German. The church split, and Catholic and Protestant rulers fought against each other. A third of the population died in the Thirty Years' War (1618–1648) between Catholics and Protestants. Germany was divided into numerous small principalities and kingdoms. From 1700, the kingdom of Prussia became increasingly powerful.

4. The Enlightenment and the German Campaign against Napoleon

In the 18th century, European scholars developed the ideas of the Enlightenment, which opposed the absolute power of monarchs and promoted reason and individual freedom. "Have the courage to use your own reason," wrote Immanuel Kant (1724–1804). But in Germany, this remained nothing more than an idea. There was no revolution like the one

Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ schrieb Immanuel Kant (1724–1804). Aber dies blieb in Deutschland nur eine Idee. Eine Revolution wie 1789 in Frankreich fand in Deutschland nicht statt. Dass der französische Kaiser Napoleon 1805–1813 weite Teile Deutschlands eroberte, führte nicht dazu, dass sich die Ideen der französischen Revolution von „Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit“ durchsetzten. Vielmehr wurde Frankreich als Besatzungsmacht abgelehnt. Ein deutsches Nationalgefühl entstand. Zwei Revolutionen 1830 und 1848 scheiterten.

5. Reichsgründung 1871

Preußen wurde mehr und mehr zum stärksten Staat in Deutschland. Nach einem Krieg gegen Frankreich 1870/1871 wurde der preußische König zum Kaiser des Deutschen Reiches gekrönt. Treibende Kraft war der preußische Kanzler Bismarck, der u. a. die Sozialversicherungen einführte, um die Arbeitenden in den neuen Fabriken abzusichern und die Arbeiterbewegung zu schwächen. Deutschland hatte auch Gebiete in Afrika angeeignet und zu seinen Kolonien erklärt, um den „Vorsprung“ Englands und Frankreichs aufzuholen. Die Konkurrenz der europäischen Mächte führte zur militärischen Aufrüstung. Die politische Lage in Europa spitzte sich immer weiter zu. Letztlich mündete das Attentat an Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich in den Ersten Weltkrieg 1914–1918.

6. Weimarer Republik 1918–1933

Deutschland verlor den Ersten Weltkrieg und musste sogenannte Reparationen an die Sieger bezahlen. Der Kaiser ging ins Exil. Eine Republik wurde gegründet. Deutschland war zum ersten Mal eine Demokratie mit gleichem Wahlrecht für Männer und Frauen. Es gab in den 20er Jahren eine große kulturelle Vielfalt insbesondere in Berlin. Aber eine Wirtschaftskrise, Inflation und hohe Arbeitslosigkeit führten zu Unzufriedenheit und politischer Gewalt. Da viele kleine Parteien im Reichstag vertreten waren, war die Regierungsbildung schwierig und Regierungen wechselten häufig. So fand die NSDAP (Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei) von Adolf Hitler 1933 mehr und mehr Anhänger/-innen.

7. NS Diktatur – Drittes Reich 1933–1945

Gleich nach seiner Ernennung zum Reichskanzler 1933 begann Hitler die Demokratie zu beseitigen. Gegner der NSDAP wurden verhaftet und umgebracht. Jüdinnen und Juden wurden aus dem Staatsdienst entlassen, enteignet, in Konzentrationslager deportiert und umgebracht. Sechs Millionen europäische Jüdinnen und Juden wurden im Holocaust ermordet. Neben ihnen und politischen Gegner/innen der Nazis wurden Sinti und Roma, Homosexuelle und behinderte Menschen verfolgt und umgebracht. Nur wenige Menschen leisteten Widerstand gegen die Diktatur und setzen sich für die verfolgten Mitmenschen ein. Zu den bekanntesten

that took place in 1789 in France. When the French emperor Napoleon conquered large parts of Germany between 1805 and 1813, it did not lead to acceptance of the ideas of the French revolution – liberty, equality and fraternity. Instead, France was reviled as an occupying power and a sense of German nationhood arose. Two revolutions failed in 1830 and 1848.

5. The foundation of the German Empire in 1871

Prussia gradually became the strongest power in Germany. After a war against France in 1870/1871, the King of Prussia was crowned Kaiser of the German Empire. The driving force was the Prussian chancellor Bismarck, who among other things introduced social insurance to provide a safety net for workers in the new factories, but also to undermine the labour movement. Germany had also obtained territories in Africa and declared them its colonies, in order to catch up with Britain and France. Competition between the European powers led to a military arms race. The political situation in Europe became increasingly acute. Finally, the assassination of Archduke Franz Ferdinand of Austria precipitated the First World War, which lasted from 1914 to 1918.

6. The Weimar Republic 1918–1933

Germany lost the First World War and was forced to pay reparations to the victors. The Kaiser went into exile and a republic was established. For the first time, Germany was a democracy, with equal voting rights for men and women. The 1920s were a time of great cultural diversity, particularly in Berlin. But an economic crisis, inflation and high unemployment led to dissatisfaction and political violence. With so many political parties represented in parliament, it was hard to form a government, and the governments frequently changed. This led to more and more support for Adolf Hitler’s NSDAP (National Socialist German Workers’ Party).

7. Nazi dictatorship – the Third Reich 1933–1945

As soon as he was appointed Chancellor in 1933, Hitler began eliminating democracy. Opponents of the NSDAP were imprisoned and killed. Jews were dismissed from the civil service, dispossessed, deported to concentration camps and murdered. Six million European Jews were murdered in the holocaust. As well as Jews and political opponents of the Nazis, Sinti and Roma, homosexuals and disabled people were persecuted and killed. Only a few people resisted the dictatorship and fought for their persecuted fellow human beings. The most well-known resistance fighters include Sophie Scholl and the White Rose, the Kreisau Circle, Oskar Schindler, Georg Elser, Ilse Stöbe and the Harnack/Schulze-Boysen group from Berlin. It is also important to understand the perspective of the people who were persecuted. The diary of Anne Frank

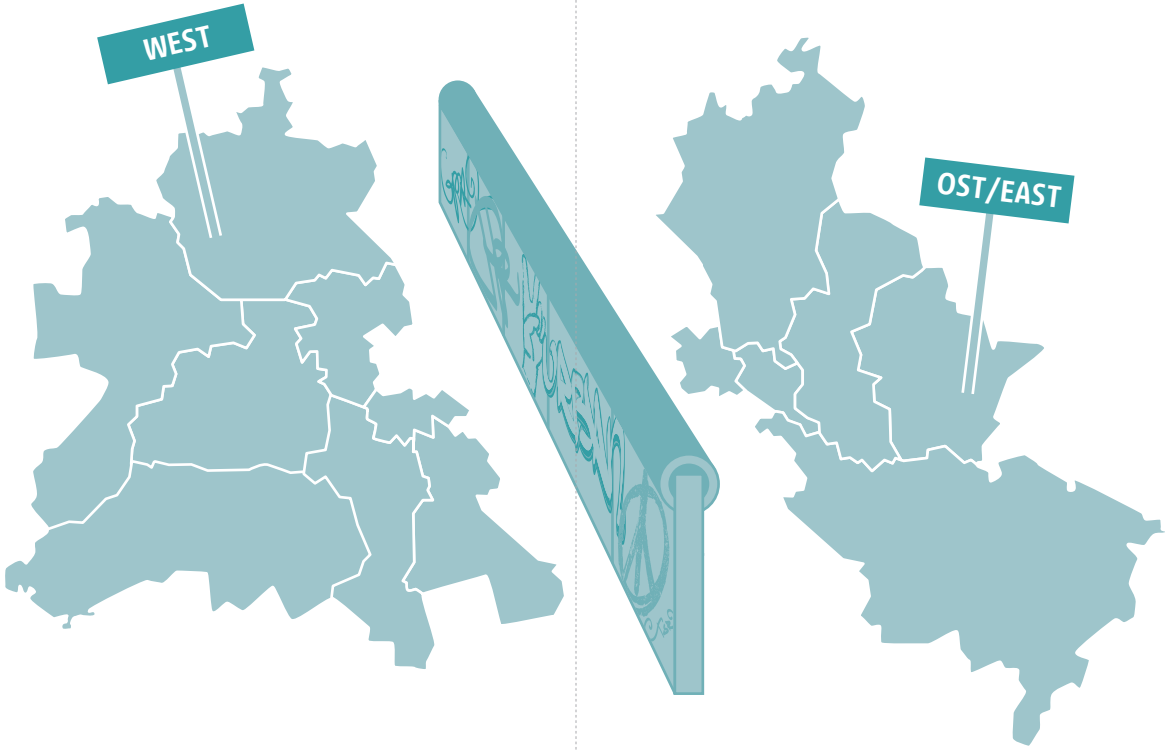
Widerstandskämpfer/-innen gehören unter anderem Sophie Scholl und die Weiße Rose, der Kreisauer Kreis, Oscar Schindler, Georg Elsner, Ilse Stöbe und die Berliner Harnack/Schulze-Boysen-Gruppe. Wichtig ist auch die Perspektive der Verfolgten Menschen nachzuvollziehen. Das Tagebuch von Anne Frank ist dabei eines der wichtigsten Dokumente.

1939 begann mit dem Überfall Deutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg. Er endete nach sechs Jahren mit dem Tod von 60 bis 80 Millionen Menschen weltweit und der Zerstörung weiter Teile Deutschlands und Europas. In Berlin waren bei Kriegsende am 8. Mai 1945 zwei Drittel der Häuser zerstört.

Die Verwendung von Nazi-Symbolen und die Leugnung des Holocaust sind in Deutschland verboten.

8. Nachkriegsordnung – Teilung – Kalter Krieg

Die Siegermächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich teilten Deutschland und Berlin 1945 in vier Besatzungszonen. Die östlichen Gebiete des Deutschen Reiches wurden Polen zugeteilt. Aus diesen Gebieten flohen viele Deutsche nach Deutschland. Aus den amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszonen wurde 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet und das Grundgesetz als Grundlage verabschiedet. Die Sowjetunion gründete in ihrer Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik (DDR). Im beginnenden Kalten Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion war Deutschland an der Nahtstelle. In beiden deutschen Staaten waren zahlreiche Truppen und Waffen der Blöcke NATO und Warschauer Pakt stationiert. Da viele Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik flohen, um mehr Freiheit und ein besseres Leben zu haben, verstärkte die DDR 1961 die Grenzanlagen. In Berlin wurde die Mauer zwischen Ost- und West-Berlin gebaut. Die DDR-Bürgerinnen und -Bürger konnten nicht mehr in den Westen reisen.



is one of the most important documents for this.

The Second World War began in 1939 when Germany invaded Poland. It ended six years later after the death of 60 to 80 million people worldwide and the devastation of large parts of Germany and Europe. By the end of the war on 8 May 1945, two thirds of the buildings in Berlin had been destroyed.

The use of Nazi symbols and denial of the holocaust are now illegal in Germany.

8. Post-war arrangements – partition – Cold War

In 1945 the victorious allies – the United States, the Soviet Union, Great Britain and France – divided Germany and Berlin into four zones of occupation. The eastern territory of the German Reich was given to Poland, and many ethnic Germans fled from these areas. In 1949, the Federal Republic of Germany was established from the American, British and French zones, and the *Grundgesetz* was passed as an interim constitution. In its own zone, the Soviet Union founded the German Democratic Republic (GDR). When the Cold War between the Americans and the Soviets began, Germany found itself on the front line. Both blocs – NATO and the Warsaw Pact – stationed large amounts of troops and weapons in the two German states. Because more and more people were leaving East Germany for the West in the hope of more freedom and a better life, the GDR reinforced its border installations in 1961. The wall between East and West Berlin was built, and East German citizens could no longer travel to the West.

The West German economy grew, which meant there was increasing demand for labour. Germany made agreements with countries such as Italy, Greece, Turkey, Portugal and Yugoslavia, and people came from these countries as *Gastarbeiter* (guest workers) to strengthen the German economy. In the late eighties and early nineties, more and more peo-

Die Wirtschaft in der Bundesrepublik wuchs und die Nachfrage nach Arbeitskräften war enorm. Daher schloss Deutschland Anwerbeabkommen mit vielen Ländern wie z. B. Italien, Griechenland, der Türkei, Portugal und Jugoslawien. Aus diesen Ländern sind die Menschen als sogenannte „Gastarbeiter“ gekommen, um die deutsche Wirtschaft zu stärken. In den späten Achtziger und frühen Neunziger Jahren sind zunehmend Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten wie Ex-Jugoslawien sowie der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten hinzugezogen. Während in der BRD der Achtziger die Wirtschaft florierte, wuchs in der DDR die Unzufriedenheit mit dem Mangel und der fehlenden Meinungs- und Reisefreiheit. Am 9. November 1989 musste die DDR Führung dem Druck nachgeben und die Mauer öffnen.

9. Mauerfall und Wiedervereinigung 1989 / 1990

Wenige Monate nach dem Mauerfall folgten die freien Volkskammerwahlen, im Juli 1990 die Währungsunion und am 3. Oktober 1990 die Wiedervereinigung, in dem die fünf neuen Bundesländer der Bundesrepublik beitraten und das Grundgesetz übernahmen. Möglich wurde dies durch Verträge mit den Nachbarstaaten und den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs.

10. Europäische Integration

Parallel zur Wiedervereinigung wurde die Einbindung Deutschlands in die EU gestärkt. Symbol dafür ist die Einführung des Euro als gemeinsame Währung im Jahr 2002.

ple came from war and crisis zones such as the former Yugoslavia and the Soviet Union and its successor countries. While the West German economy flourished in the 1980s, in East Germany there was increasing discontent over shortages and the restrictions on free speech and travel. On 9 November 1989 the leadership of the GDR caved into the pressure and opened the border.

9. 1989 / 1990 – the fall of the Berlin Wall and reunification

Only a few months after the Berlin Wall came down, there were the first free elections to the East German parliament, followed by monetary union in July 1990 and, on 3 October 1990, the reunification of Germany, when the five new states joined the Federal Republic and adopted the *Grundgesetz*. This was made possible by agreements with the neighbouring countries and the victorious powers of the Second World War.

10. European integration

At the same time as reunification, Germany’s integration in the European Union was strengthened. This was symbolised by the introduction of the euro as the common currency in 2002.

Mitmachen!

Die Demokratie in Berlin lebt davon, dass alle mitmachen, egal wie lange sie schon in der Stadt oder in Deutschland sind. Informieren Sie sich, nehmen Sie Ihre Rechte wahr und werden Sie aktiv! Sie können Ihr Leben in Berlin aktiv mitgestalten, auch wenn Sie keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen:

- Als Eltern von Schulkindern können Sie in der Elternvertretung mitentscheiden.
- Treten Sie einem Verein bei, in dem Sie Ihre (politischen) Interessen ausüben können.
- Schauen Sie sich in Ihrer Nachbarschaft nach Mitgestaltungsmöglichkeiten um.
- Fordern Sie bei Diskriminierung ihre Rechte ein.

Noch Fragen?

Die Bundeszentrale für politische Bildung informiert Sie zu Themen wie Innen und Außenpolitik, die Deutsche Geschichte, Geschlecht, Migration, Umwelt, Kultur, Sport und Medien.

http://www.bpb.de

Informationsveranstaltungen, Seminarangebote und diverse Publikationen zur politischen Bildung finden Sie auch in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung.

https://www.berlin.de/politische-bildung

Get involved!

Democracy in Berlin depends on everyone joining in, no matter how long they've been in the city or in Germany. Find out how you can exercise your rights and get involved! You can actively shape your life in Berlin, even if you aren't a German citizen:

- If you have children at school, you can help make decisions in the parent-teacher association.
- Join an association where you can exercise your (civic) interests.
- Have a look around the neighbourhood to see where you can get involved.
- Assert your rights if you are discriminated against.

Any questions?

The *Bundeszentrale für politische Bildung* (Federal Agency for Civic Education) provides you with information on topics such as domestic and foreign policy, German history, gender, migration, the environment, culture, sport and the media.

http://www.bpb.de/die-bpb/138852/federal-agency-for-civic-education

Information events, seminars and various publications on political education are also available at the federal agency's local office, the *Berliner Landeszentrale für politische Bildung*.

http://www.berlin.de/en/politics-administration/

IMPRESSUM

Autorin: Vanessa Ly mit Material von Reinhard Fischer
Redakteurin: Julia Hasse

Herausgeberin: Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Amerika Haus, Hardenbergstraße 22–24, 10623 Berlin
www.berlin.de/politische-bildung

Öffnungszeiten des Besuchszentrums:
Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag jeweils 10–18 Uhr

Satz/Grafik: Braun Grafikdesign Berlin

Juli 2017

PUBLISHING DETAILS

Author: Vanessa Ly with material by Reinhard Fischer
Editor: Julia Hasse

Publisher: Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Amerika Haus, Hardenbergstraße 22–24, 10623 Berlin
www.berlin.de/politische-bildung

Visitor centre opening hours:
Mondays, Wednesdays, Thursdays and Fridays, 10 a.m. to 6 p.m.

Graphic design: Braun Grafikdesign Berlin

July 2017

Berliner Landeszentrale
für politische Bildung

be Berlin